
Klimasoziale Politik

Rezension von: Armutskonferenz/Attac/Beigewum (Hg.) (2021). *Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*. Wien, bahoe books. 256 Seiten. Kartoniert. 17,00 EUR. ISBN 978-3-903290-65-5.

Das Zeitfenster, in dem wir eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft sichern können, schließt sich zusehends. Jegliche Verzögerung gefährdet hochgradig das Wohlergehen des Planeten und der Menschen, warnt der aktuelle sechste IPCC-Bericht. Doch wie muss Klimapolitik ausgestaltet werden, um am Weg zu einer emissionsfreien Gesellschaft die soziale Ungleichheit nicht weiter zu verschärfen? Und wie können die jeweiligen Maßnahmen im Optimalfall sogar zu einer Zielharmonie zwischen Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit führen? Diese und weitere Fragen hat sich das AutorInnen-Kollektiv des Buches „Klimasoziale Politik“, herausgegeben von Armutskonferenz, Attac und Beigewum, gestellt und den Versuch unternommen, Wege aufzuzeigen, wie dies alles gelingen kann.

Die Vision einer klimasozialen Welt

Das Buch beginnt mit einer Vision. Die AutorInnen veranschaulichen, wie der Alltag in einer klimasozialen Welt aussehen würde: Wir wohnen in gut isolierten Wohnungen, das Ausmaß der täglichen Erwerbsarbeit ist gesunken, gesellschaftlich wertvolle Arbeit wird besser entlohnt, der Individualverkehr und somit auch die Feinstaubbelastung wurde drastisch reduziert, der

Zug bringt uns kostenlos zum Badesee, und die Unternehmen wetteifern untereinander um die besten Arbeitsbedingungen und die geringsten Treibhausgasemissionen.

Die AutorInnen konstatieren gleich zu Beginn, wie schwer es fällt, sich nach Jahren der neoliberalen Vorherrschaft „eine sozial inklusive und ökologisch nachhaltige Welt“ (6) vorzustellen. Und genau hier leistet das Buch einen wichtigen Beitrag. Die verschiedenen Kapitel befassen sich allesamt mit der Frage, wie durch klimasoziale Politik eine soziale gerechte und ökologische Gesellschaft erreicht werden kann. Dazu gilt es erst einmal zu klären, was genau so eine *klimasoziale* Politik beinhaltet: Laut Definition der AutorInnen strebt eine klimasoziale Politik nach „einer sozialen, inklusiven und politisch fortschrittlichen Gesellschaft, in der alle ein selbstbestimmtes Leben führen können, ohne dabei ihre eigene oder die Lebensgrundlage anderer zu gefährden“ (7). Betont wird zudem, dass die Klimafrage nicht losgelöst von der sozialen Frage beantwortet werden kann. Denn „Klimaschutz wird nur dann erfolgreich sein, wenn er nicht sozial blind ist“ (115).

Die Klimakrise in Österreich

Das Buch umfasst zwei Teile: Im kürzeren ersten Teil wird die Klimakrise in Österreich in fünf Kapiteln umrissen. Der zweite Teil zeigt Wege auf, wie klimasoziale Politik in den verschiedensten Bereichen – national und global – umgesetzt werden könnte. Die ersten zwei Kapitel geben einen ersten Einblick in die klimapolitische Landschaft Österreichs: Wer setzt sich für die ökologische Transformation ein und wer steht klimapolitisch auf der Bremse?

Die zwei weiteren einführenden Kapitel beleuchten, wieso es eine drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen braucht und wie viel Treibhausgas wir global und national noch emittieren können, um die Klimaziele zu erreichen. Österreichs Treibhausgasbudget wird auf 400 bis 1100 Megatonnen Treibhausgase von 2017 bis 2050 geschätzt. Bei konstantem jährlichem Verbrauch von rund 80 Megatonnen Treibhausgasen wird dieses Budget zwischen 2022 und 2030 aufgebraucht sein (46). Spätestens hier wird klar, welche weitreichende Veränderungen es benötigt, um die Klimaziele zu erreichen. Zu lange wurde die Verantwortung auf die KonsumentInnen abgeschoben. Um die Klimakrise abwenden zu können, braucht es aber vor allem Maßnahmen vonseiten der Politik, um eine strukturelle Transformation in Richtung einer klimagerechten Gesellschaft zu ermöglichen. Vier Arten von klimapolitischen Maßnahmen (verpflichtende Regulierung, ökonomische Anreize, ermöglichende Gestaltung und wertewandelnde Informationen) werden im nachfolgenden Kapitel an Beispielen erläutert und anschließend bewertet. Wie effektiv die jeweiligen Maßnahmen sind, also wie viele Emissionen durch sie eingespart werden können, hat bei der Bewertung die höchste Priorität. Maßnahmen allein anhand der Effektivität zu bewerten, greift jedoch zu kurz. Die Kosten einer Maßnahme sowie die Verteilungseffekte gilt es ebenso zu berücksichtigen. Zuletzt wird noch die Frage aufgeworfen, ob eine klimapolitische Maßnahme die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum verstärkt. Die AutorInnen betonen, dass es nicht darum gehe, eine einzig „wahre“ Maßnahme auszuwählen, sondern man eine gute

Kombination aus sich ergänzenden Maßnahmen umsetzen müsse (67). Nicht nur die Wahl der Instrumente ist bedeutend – wie das Kapitel zur Sozialpolitik für eine klimagerechte Gesellschaft hervorhebt –, sondern auch deren unmittelbare Auswirkungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen. Starke Klimapolitik muss die klassische Verteilungsfrage stellen. Zentral sind die folgenden Aspekte: 1. Wer wären die Leidtragenden, wenn wir eine Begrenzung der Klimaerwärmung auf höchstens 1,5 Grad nicht schaffen? 2. Wer waren und sind die VerursacherInnen von Treibhausgasemissionen? 3. Wer profitiert von und zahlt für Klimaschutzmaßnahmen? (71). Hinsichtlich der Verteilungsfrage liegt der Fokus oft auf der sozialen Abfederung von klimapolitischen Maßnahmen, wie etwa bei der Diskussion über die regressive Wirkung einer CO₂-Steuer. Dieses Kapitel geht einen Schritt weiter und wirft die Frage auf, welche Rahmenbedingungen der Sozialstaat schaffen muss, um auch einkommensärmeren Haushalten ein klimaneutrales Leben zu ermöglichen. Hierfür sollte die Ausrichtung der Sozialpolitik sich mehr am Konzept der Suffizienz orientieren: „ein materielles ‚Genug‘ für alle, kein Zuviel für jedermann und jederfrau [sic!]“ (74).

Mehr Demokratie für ein besseres Klima

Im zweiten Teil des Buches wird klimasoziale Politik in den unterschiedlichsten Bereichen aufgezeigt: von Geschlechtergerechtigkeit, Migration, Armut und Reichtum, Gesundheit, Ernährung, Wohnen, Mobilität, Pflege, Lohnarbeit, Budget- und Steuerpolitik bis zu Industrie-, Handels- und Rohstoffpolitik

und dem globalen Finanzsystem. Die Bandbreite an behandelten Themen illustriert deutlich, dass jeder Lebensbereich transformiert werden muss, um eine klimagerechte Gesellschaft zu ermöglichen.

Die AutorInnen legen großen Wert darauf, die strukturellen Bedingungen in den Vordergrund zu stellen und nicht auf der individuellen Ebene zu verweilen. Denn genau dieses Ausklammern von strukturellen Problemen verhindert, Lösungen voranzutreiben. Dies wird nicht nur in der Klimadebatte ersichtlich, wenn individuelles Konsumverhalten (mehr Radfahren) vor strukturelle Maßnahmen (Ausbau von Radinfrastruktur) gestellt wird, sondern auch wenn es um Fragen der sozialen Ungleichheit geht. So wird als Erklärung für das schlechtere schulische Abschneiden von Kindern mit Migrationshintergrund oftmals die Herkunft herangezogen, aber der sozioökonomische Hintergrund vernachlässigt (99).

Die AutorInnen führen die Ursachen für die soziale und ökologische Krise auf das kapitalistische System zurück, welches auf der Ausbeutung von Mensch und Natur beruht und Profitinteressen über alles andere stellt. Zur Rolle des Sozialstaats schreiben sie etwa, dass dieser „den Menschen die Möglichkeit eröffnen [muss], ein gutes Leben führen zu können, das nicht auf der Ausbeutung anderer basiert“ (73). Die Antwort, ob dies und die Erreichung des 1,5- bzw. Zwei-Grad-Ziels in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung möglich ist, gibt das Buch allerdings nicht.

Zentral ist in dem Buch auch die Frage der aktuellen Machtverhältnisse. Da geht es um ökonomische und politische Macht, wenn etwa „[w]enige Ei-

gentümer:innen von riesigen Konzernen [...] Entscheidungen treffen [können], die sich gegen das Klima und das Wohl der regionalen Bevölkerungen“ (120) richten, Handelsverträge im Interesse der Kapitalinteressen ausverhandelt und Profitinteressen klar vor Klimaschutz gestellt werden (219f) oder die Finanzindustrie in Brüssel jährlich 120 Millionen Euro für Lobbying investiert und sich gegen die Kennzeichnung bzw. das Verbot von klimaschädlichen Investitionen einsetzt (240). Auch in der Steuer- und Budgetpolitik lassen sich die politischen Kräfteverhältnisse gut ablesen (195).

Um die Interessen des fossilen Kapitals und die Macht der Wenigen zu Gunsten von klimasozialer Politik zu beschneiden, schlagen die AutorInnen ein Mehr an Demokratie vor. Um die Machtkonzentration der Konzerne und Vermögenden zu brechen, wird eine Begrenzung des Reichtums und eine Ausweitung der Demokratie in der Wirtschaft (126) und der Arbeitswelt gefordert (191). So soll die betriebliche Mitbestimmung am Arbeitsplatz gestärkt werden und die MitarbeiterInnen in die Entscheidung, wie und wie viel produziert wird, stärker miteingebunden werden. Betriebe könnten beispielsweise genossenschaftlich organisiert (191) oder (teilweise) in Staatsbesitz gebracht werden (213). Ein Gegenmodell zur hohen Marktkonzentration der heimischen Supermärkte wären demokratisch und solidarisch organisierte Supermärkte – wie es sie schon in New York und Paris gibt (149). Damit klimasoziale Politik inklusiv und sozial ausgleichend sein kann, muss sie auch gewährleisten, dass marginalisierte und in der Debatte oft weniger präsente Bevölkerungsgruppen (wie etwa MigrantInnen [103] oder armutsbetroffe-

ne Personen [107]) mehr in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Maßnahmen für eine klimasoziale Welt

In den einzelnen Kapiteln gibt es noch eine Vielzahl an weiteren Ideen, an welchen Stellschrauben es zu drehen gilt, um dem Ziel einer sozial gerechten und klimafreundlichen Gesellschaft näher zu kommen. Unter anderem werden folgende Maßnahmen behandelt:

- Jobgarantie (77, 190)
- Arbeitszeitverkürzung (93, 189, 212)
- Ökojob-Offensive, Investitionen in die Qualifizierung von Green Jobbern (102)
- Aufwertung von Pflegeberufen (182)
- leistbare/kostenlose umweltfreundliche Mobilität (75, 111), Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (103)
- Stadt oder Region der kurzen Wege (170)
- Gesundheitsprävention (76, 138), Reduktion von nicht angemessener Verabreichung von Medikamenten (138)
- Gewährleistung von leistbaren klimasozialen und gesunden Lebensmitteln (147)
- Neuausrichtung der Agrarförderungen auf gesellschaftliche Ziele statt auf Exportziele (148)
- Neuausrichtung der Handelspolitik (221)
- Ökologisierung des Gebäudebestands vorantrieben (156)
- Bereitstellung von qualitativ hochwertigem, sozial inklusivem und leistbarem Wohnraum (157)
- Stärkung der sozialen Teilhabe – z.B. kostenlose Freizeitangebote vor Ort (112)
- Green Budgeting: beinhaltet u.a. eine Prüfung der budgetären Maßnahmen auf ihre Klimawirksamkeit (199)
- Öko-Steuern (202)
- höhere Klimaschutzausgaben (203)
- Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe (212, 221)
- Lieferkettengesetze (223, 229)

Auch radikalere Vorschläge wie Einkommens- und Vermögensbegrenzung (74, 126), Verbote von klimaschädlichen Luxusaktivitäten (76), die Zerschlagung von großen Finanzinstituten (243) oder eine Entlohnung der Beschäftigten in klimaschädlichen Sektoren fürs Nicht-Erwerbsarbeiten (72) werden zur Diskussion gestellt.

Nicht alle Vorschläge sind gleich stringent ausgearbeitet, aber insgesamt bietet das Buch viele neue Erkenntnisse und eignet sich bestens als Diskussionsgrundlage. Möge es den Wettbewerb der besten Ideen beflügeln und eine schnelle Umsetzung befördern! Die Zeit läuft.

Judith Derndorfer